

Weitere Beschlüsse des Landesparteitages

Jugendoffensive

Der Landesparteitag hat beschlossen, eine Jugendoffensive zu starten. Hierzu soll eine Projektgruppe eingerichtet werden, um eine eigenständige Kampagne zu entwickeln. Dazu gehört insbesondere ein Schulungskonzept, ein ansprechende Flyer, Ausbau elektronischer Ansprache, Foren zum Austausch, Treffpunkte für junge Mitglieder und Interessierte, sowie Freiräume für eigene Ideen und Aktionen. Der Landesverband wird hierfür auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Blockupy

DIE LINKE Baden-Württemberg unterstützt die Blockupy-Aktionstage 2014 und wird sich an der Mobilisierung zur Großdemonstration nach Frankfurt und an dezentralen Aktionen im gesamten Bundesland beteiligen. Sie wird dies unmittelbar mit dem Europawahlkampf 2014 verbinden, um deutlich zu machen, dass aktiver Widerstand gegen Bankenmacht, Sparpolitik und das Europa der Konzerne ein zentrales Anliegen der Linken und Protest auf der Straße gegen Merkels Spardiktat ein wichtiger Teil linker Europapolitik ist.“

Protestaktionen gegen EUCOM und AFROCOM

Die Linke Baden-Württemberg fordert die Schließung der US-Kommandozentralen AFRICOM in Stuttgart-Möhringen und EUCOM in Stuttgart Vaihingen und unterstützt die Protestaktionen der Friedensbewegung gegen das AFRICOM und EUCOM.

Friedenspolitik und Gewerkschaften

Anlässlich des Friedens- und Sicherheitspolitischen Workshops des DGB vom 30. Oktober 2013 wurde beschlossen, dass der Landesverband der LINKEN in Baden-Württemberg den Aufruf „Wir widersprechen!“ gegen Äußerungen des DGB-Vorsitzender Sommer unterstützt. Dieser hatte u.a. erklärt: „Das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterbewegung war historisch belastet, so ist es heute nicht mehr“.

Solidarität mit Beschäftigten im Einzelhandel

Zu den aktuellen Tarifaueinandersetzungen im Einzelhandel beschloss der Landesparteitag: „Seit Mai 2013 tobt deutschlandweit im Einzelhandel einer der bedeutendsten Tarifikämpfe seit Jahren. Die Arbeitgeber sind angetreten, den Niedriglohnsektor weiter auszubauen. Bereits jetzt ist es so, dass viele Beschäftigte im Einzelhandel aufgrund von unfreiwilliger Teilzeit, als Mini/Midi-Jobber oder als Befristete zu den prekär Beschäftigten gehören. Mit der Kündigung der Manteltarifverträge in allen Bundesländern, dem geplanten Wegfall von Zuschlägen und der Einführung einer Billiglohngruppe verfolgen die Arbeitgeber des Einzelhandels das Ziel den Niedriglohnbereich in der Branche mit 3,2 Millionen Beschäftigten (das entspricht 10% der abhängig Beschäftigten) auszudehnen und die Arbeitsbedingungen weiter zu flexibilisieren. Kommen sie damit durch, wird dies unweigerlich auch in anderen Branchen Schule machen.

Trotz schwieriger Bedingungen streiken die Beschäftigten des Einzelhandels in Baden-Württemberg mit Engagement und Entschlossenheit seit Monaten für die Verteidigung ihrer Manteltarifverträge, für einen Euro mehr Stundenlohn, 90 Euro mehr im Monat für Azubis und 1800 Euro Mindesteinkommen. In Stuttgart wurden bereits 70 Streiktage erreicht, das entspricht mehr als drei Arbeitsmonaten. Dennoch haben sich die Arbeitgeber bisher keinen Zentimeter bewegt. Sie versuchen den Streik durch den Einsatz von Streikbrechern zu unterlaufen.

Die Linke in Baden-Württemberg hat die Auseinandersetzung von Beginn an und als einzige politische Kraft aktiv unterstützt. Sie hält es für notwendig, dass die Streikenden im Einzelhandel und ihre Gewerkschaft ver.di von allen Gewerkschaften und von den Kunden im Einzelhandel unterstützt wird.

Die Linke in Baden-Württemberg will ihren Beitrag leisten, diese Unterstützung zu organisieren. Sie ruft alle Gliederungen und Mitglieder der Linken auf, den Streik im Einzelhandel aktiv zu unterstützen. Das kann damit beginnen, bei unseren alltäglichen Einkäufen Verkäuferinnen und Kassiererinnen auf die Tarifaueinandersetzung anzusprechen und sie darin zu bestätigen bzw. zu ermutigen für ihre berechtigten Interessen zu streiken. Ebenso zeigt es Wirkung, den Filialleitungen zu sagen, dass ein Einkauf im Store erst wieder in Frage kommt, wenn der Tarif wieder gilt und die Arbeitsbedingungen wieder geregelt sind.

Linke, die Mitglieder in Gewerkschaften sind, werden aufgefordert, in ihren Gewerkschaftsgliederungen um Unterstützung für die Streikenden im Einzelhandel zu werben und Initiativen für Unterstützungsaktionen zu ergreifen (Infostände vor Läden, Kunden vom Einkaufen abzuhalten bei Streiks, flash-mob-Aktionen in Absprache mit ver.di bzw. den Streikenden). Auch der Aufbau von Soli-Komitees oder Solikreisen, in die Mitglieder der Linken, GewerkschafterInnen, AktivistInnen aus sozialen Bewegungen oder dem Widerstand gegen S21 zusammenkommen und gemeinsame Streikaktionen leisten, können ein wichtiger Beitrag sein.

Wenn es in den nächsten Tagen zu keinem Abschluss kommt, kommt es darauf an, in dem für die Läden umsatzstarken Weihnachtsgeschäft den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen. Die Linke will ihren Beitrag dazu leisten, die Arbeitgeber im Einzelhandel so unter Druck zu setzen, dass es zu einem erfolgreichen Abschluss und zur Abwehr weiterer Verschlechterungen kommt.“

Asylrecht für Snowden

Zur aktuellen Debatte um Asylrecht für Edward Snowden in Deutschland beschloss der Landesparteitag: „In den letzten Tagen wurde durch weitere Informationen des früheren Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden erneut deutlich, in welchem unglaublichen Ausmaß die USA und die NSA und ihre Untergliederungen alle Bürger sowie die gesamte Wirtschaft in Deutschland und Europa ausspioniert. Die Dreistigkeit, mit der inzwischen auch vom Dach der US-Botschaft in die Gespräche deutscher Politiker hinein gehört wird, ist unbeschreiblich. Sie kann nicht geduldet werden. Die Bundesregierung hat bisher keine hinreichenden Konsequenzen ins Auge gefasst, auch keine klaren Forderungen und ein Ultimatum gegen die Führung der USA erhoben. Die Bundeskanzlerin deckt damit mit ihrer gesamten Regierung die massiven Rechtsbrüche gegen das Persönlichkeitsrecht der Bürgerinnen und Bürger, gegen den Bruch jeglicher Datengeheimnisse und gegen den Schaden, der durch das Segment der Wirtschaftsspionage entsteht. Entgegen ihrem Amtseid unternimmt sie bisher nichts, um den umfangreichen, in alle Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger hineinreichenden sozialen und wirtschaftlichen Schaden abzuwenden und die Eingriffe zu beenden. Da Deutschland die Informationen über die orwellsche Unrechtssituation Herrn Edward Snowden als Whistleblower verdankt, steht es moralisch in der Verpflichtung, ihm Asyl zu gewähren und ihm eine neue Identität aufzubauen. Wir fordern als Partei die Bundesregierung auf, dies sofort umzusetzen. Die Bundesregierung ist auch zur Aufnahme von Snowden verpflichtet, um den USA endlich unmissverständlich klar zu machen, dass Deutschland sich auf geltendes Recht beruft, seine Souveränität verteidigt und sich von Praktiken der NSA in der Weltöffentlichkeit durch diese Aktion eindeutig abgrenzt. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, dies sofort in die Wege zu leiten. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, vom amerikanischen Präsidenten Obama unmissverständlich öffentlich zu verlangen, seinen Friedensnobelpreis zurückzugeben, der einem Menschen, der solche Unrechtshandlungen und Verbrechen zu vertreten hat, in keinem Fall rechtmäßig zusteht. Wenn Obama den Nobelpreis weiter behält, entwertet er die Symbolkraft für den Frieden und er belastet all diejenigen, die in der Vergangenheit zurecht den Friedensnobelpreis erhalten haben. Wir verlangen, dass die Bundesregierung öffentlich diese Forderung aufstellt.“

Freihandelsabkommen EU – USA

Zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP beschlossen der Landesparteitag: „Das zwischen der Europäischen Union und den USA geplante „Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen“ (TTIP) ist ökologisch, menschenrechtlich, politisch und wirtschaftlich inakzeptabel. Das TTIP soll die menschenverachtende neoliberale Freihandelslogik weiter beschleunigen und bestehende Schutzrechte zerstören. In Geheimverhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und der Regierung der USA wird eine Deregulierungsoffensive in den beteiligten Staaten vorbereitet. Die Öffentlichkeit wird bewusst aus den Verhandlungen herausgehalten, um Widerstand gegen diese Politik zu minimieren. Parlamente werden ausgehebelt und die demokratische Entscheidung und Kontrolle bewusst verhindert. Die Geheimverhandlungen zerstören die Demokratie und zwingen die Staaten der EU in eine Geiselhaft von EU-Bürokraten und neoliberal ausgerichteten Think-Tanks, Unternehmerverbänden und Regierungen.

DIE LINKE in Baden-Württemberg bekräftigt ihren Widerstand gegen dieses Abkommen und fordert die sofortige Beendigung der TTIP-Verhandlungen. Gemeinsam mit Umweltverbänden, Sozialverbänden, VerbraucherschützerInnen, Menschenrechtsinitiativen, der globalisierungskritischen Bewegung und vielen Aktiven aus den unterschiedlichsten Bereichen wird sich DIE LINKE Baden-Württemberg aktiv am Widerstand gegen das TTIP-Abkommen beteiligen.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert ein generelles, grundgesetzlich verankertes Verbot von undemokratischen Geheimverhandlungen. Alle laufenden Verhandlungen für internationale

Freihandelsabkommen sind sofort zu beenden. Bisher erarbeitete Dokumente sind der Öffentlichkeit sofort bekannt zu machen.

DIE LINKE Baden-Württemberg lehnt alle Versuche ab, international agierenden Konzernen Klagerecht gegen demokratische Entscheidungen von EU-Staaten z.B. im Umwelt- und Sozialbereich einzuräumen. DIE LINKE Baden-Württemberg wird die demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten verteidigen und gegen die Diktatur der Märkte und Großkonzerne kämpfen.

Die von der EU-Administration vorgeschlagene „Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit“ lehnt DIE LINKE entschieden ab, da sie grundlegende Prinzipien des Rechtsstaats ausgehebelt. Das ratifizierte Freihandelsabkommen USA-Kanada, das solche Regelungen beinhaltet, ermöglichte es einer US-Firma, den Staat Kanada auf 250 Millionen Dollar Schadensersatz wegen angeblich zu erwartender Gewinnauffälle zu verklagen, weil Kanada aus Umweltschutzgründen ein Fracking-Moratorium für Schiefergasvorkommen verhängt hatte.

Zukünftig sollen alle Produkte, die bereits in den USA zugelassen sind, frei in die EU exportiert werden können. Dadurch will man die bisher vorgeschriebenen Genehmigungsverfahren abschaffen. Dem ungehinderten Export von Gentechnik-Lebensmitteln steht dann nichts mehr im Wege. Auch die bestehende Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel soll in Frage gestellt werden. Das TTIP wird verheerende Auswirkungen auf die kleinbäuerlichen und ökologischen Landwirte in der EU haben. In den USA sind heute schon der Verkauf von Klon- und Hormonfleisch erlaubt, Milch von mit gentechnisch erzeugten Wachstumshormonen gedopten Turbo-Kühen findet sich in allen Regalen, und Geflügelfleisch, das mit Chlor behandelt wird, ist alltäglich. Für gentechnisch veränderte Pflözen gibt es keinerlei strenges Zulassungsverfahren oder eine Kennzeichnungspflicht. Das Ziel des TTIP ist, den ungehinderten Export dieser Produkte in die EU-Mitgliedsstaaten zu ermöglichen.

Durch das TTIP werden Agrar-Exportschlachten zwischen den exportorientierten Großbetrieben der EU und der USA eröffnet. Dumpingpreise und zunehmender Wettbewerbsdruck bei Soja- und Milchprodukten werden die Verdrängung der einheimischen Futterpflanzen weiter beschleunigen und die „Vermaisung“ der europäischen Äcker forcieren.

DIE LINKE Baden-Württemberg wird die verbindlichen und individuell einklagbaren Regelungen von Arbeits- und Menschenrechten in allen internationalen Verträgen einfordern. Das TTIP aber soll dieses Ziel konterkarieren: Gewerkschaftliche Rechte, ArbeitnehmerInnenschutzrechte und Menschenrechte sollen durch das geplante Freihandelsabkommen ausgehebelt werden.

DIE LINKE Baden-Württemberg wird sich der Deregulierung und Liberalisierung von öffentlichen Dienstleistungen aktiv entgegen stellen und für die Sicherung und den qualifizierten Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge eintreten. Energie, Verkehr, Wasser, Gesundheit und Bildung müssen wieder Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden und für alle Menschen zugänglich und bezahlbar sein. DIE LINKE will hohe qualitative, soziale und ökologische Standards für die öffentliche Daseinsvorsorge gesetzlich verankern.

DIE LINKE Baden-Württemberg bittet Kreisverbände und Untergliederungen, aktiv gegen das geplante TTIP tätig zu werden. Sie wird sich dafür einsetzen, dass die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag gegen die TTIP-Verhandlungen vorgeht.“

Beschlossene Satzungsänderungen

Der Landesparteitag hat auch einige Änderungen der Landessatzung beschlossen. Insbesondere wurden die vom letzten Bundesparteitag beschlossenen Veränderungen der Bundessatzung nun auch – was unvermeidlich war – in die Landessatzung übernommen. Der vielleicht wichtigste Punkt darunter war, dass Neumitglieder nun nicht mehr spontan von Kreismitgliederversammlungen aufgenommen werden können. Sie erhalten ihr Wahlrecht definitiv und in allen Fällen erst 6 Wochen nach ihrem Eintritt, sofern sie ihren Beitrag gezahlt haben und es einen entsprechenden Beschluss des Kreisvorstands dazu gibt.

Beschlossen wurde weiterhin, dass Mitglieder der Landesschiedskommission nun keine „beratenden Mitglieder“ des Landesausschusses mehr sind, um die Entstehung von Befangenheitssituation in eventuellen späteren Verfahren zu vermeiden und um eine bislang in der Satzung noch enthaltene Widersprüchlichkeit zu diesem Punkt zu beseitigen.

Um regionale Mitgliederversammlungen in Gebieten mit einem direkt gewählten Regionalparlament zu ermöglichen (bislang nur Region Stuttgart) wurde zudem ein neuer Abschnitt in die Landessatzung aufgenommen:

§ 15a Mitgliederversammlungen in Regionalverbänden

(1) Die nachfolgenden Bestimmungen gelten für durch Landesgesetz begründete regionale Gebietskörperschaften, deren Gebiet mehr als einen Stadt- oder Landkreis umfasst und deren Vertreterversammlung durch Direktwahl gewählt wird.

(2) Die im Gebiet des Regionalverbands wohnenden Mitglieder werden zur Verabschiedung eines Wahlprogramms zur Regionalwahl oder ansonsten nach Bedarf zu einer regionalen Mitgliederversammlung eingeladen. Für die Einladung, Versammlungsleitung und Protokollierung von Beschlüssen ist der Landesvorstand oder ein von ihm delegierter Kreisvorstand im Gebiet des Regionalverbands zuständig. Der Entwurf des Wahlprogramms ist zusammen mit der Einladung spätestens 4 Wochen vorher zu verschicken.

Genauere Regelungen dazu wird der Landesvorstand zusammen mit den Regionalräten der Region Stuttgart noch ausarbeiten. Die aktualisierte Fassung der Landessatzung kann auf der Homepage des Landesverbands abgerufen werden.